

MEDIENMITTEILUNG

Olten, 12. August 2017

EDU-Parolen für den 24. September 2017

EDU für Optimierung der Vorlagen

Die Delegierten der EDU Schweiz fassten am 12. August in Olten die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 24. September 2017.

Weil die Schweizer Landwirtschaft nicht dem internationalen Agrar-Freihandel geopfert werden soll, empfehlen die EDU-Delegierten ein Nein zum Bundesbeschluss betreffs der Ernährungssicherheit.

Sie anerkennen den Bedarf einer Reform der Altersvorsorge, gewichteten jedoch problematische Teile der „Reform Altersvorsorge 2020“ höher und empfehlen deshalb ein zu Nein, zum Bundesgesetz. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV wird aber trotz der Verbindung der Vorlagen mehrheitlich unterstützt.

Nein zum Bundesbeschluss vom 14. März 2017 über die Ernährungssicherheit

Die Schweizer Landwirtschaft ist für eine gesunde Entwicklung und für den Erhalt der Ernährungssicherheit darauf angewiesen, dass sie dem Agrar-Freihandel und den damit verbundenen ausländischen Dumpingpreisen nicht preisgegeben wird. Die vorliegende Abstimmungsvorlage und die damit verbundenen bundesrätlichen Ankündigungen, dass sich die Schweizer Landwirtschaft ausländischen Preis- und Produktionsbedingungen angleichen muss, sind zugunsten einer starken einheimischen Landwirtschaft und damit wahrer Ernährungssicherheit abzulehnen.

(Ja: 25; Nein: 31; Enthaltungen: 12)

Pro-Referat: Alois Huber, Kantonsrat SVP AG, Präsident des Bauernverbands Aargau und Mitglied des Initiativkomitees; Contra-Referat: Lisa Leisi (Präsidentin EDU SG)

JA zum Bundesbeschluss vom 17. März 2017 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Delegierten der EDU Schweiz anerkennen die Notwendigkeit, durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sanierung der Altersvorsorge beizutragen. Der Vorlage wurde trotz der Verbindung der beiden Anliegen als positives Signal zugestimmt.

(Ja: 51; Nein: 19; Enthaltungen: 3)

Pro-Referat: Christine Egerszegi, alt SR FDP AG, Präsidentin der Eidg. BVG-Kommission; Contra-Referat: Henrique Schneider, Schweiz. Gewerbeverband sgV

NEIN zum Bundesgesetz vom 17. März 2017 über die Reform der Altersvorsorge 2020

Von der pauschalen Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken profitieren auch diejenigen, welche diese Erhöhung nicht nötig haben, was die positiven Aspekte der Reform praktisch wieder aushebelt. Weiter wurde die Vermischung der ersten und zweiten Säule in dieser Vorlage als problematische Koppelung der privaten Vorsorge mit der Sozialversicherung (AHV) kritisiert.

(Ja: 18; Nein: 46; Enthaltungen: 7)

Pro-Referat: Christine Egerszegi, alt SR FDP AG, Präsidentin der Eidg. BVG-Kommission; Contra-Referat: Henrique Schneider, Schweiz. Gewerbeverband sgV

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch